

Ausschuß für Innere Verwaltung**Protokoll**

28. Sitzung (nicht öffentlich)

10. September 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

12.00 Uhr bis 13.45 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Drittes Gesetz zur Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer verwaltungsrechtlicher VorschriftenGesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3080Vorlage 11/1317
Zuschriften 11/1826 und 11/1905**Anhörung der kommunalen Spitzenverbände**

1

Hauptreferent Fuhrmann (Städtetag Nordrhein-Westfalen)

1

Beigeordneter Schink (Landkreistag Nordrhein-Westfalen)

3

Den Statements schließt sich eine kurze Diskussion an. Der Ausschuß beabsichtigt in seiner nächsten Sitzung über den Gesetzentwurf der Landesregierung endgültig zu entscheiden.

2 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3181

Vorlagen 11/1393 und 11/1399
Zuschriften 11/1651, 11/1652, 11/1704 und 11/1816

8

Der Ausschuß stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 11/3181 - mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von F.D.P. und CDU bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN ohne Änderungen zu.

3 Erdbeben in der Niederrheinischen Bucht - Landesregierung in der Pflicht zur Hilfeleistung und zur Information über Ursachen, Risiken und Konsequenzen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3637

Vorlage 11/1386

9

Der Ausschuß nimmt einen Bericht von Staatssekretär Riotte (Innenministerium) entgegen und einigt sich einstimmig bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN auf folgende Beschlußempfehlung:

Die getätigten Maßnahmen des Innenministers gehen zum Teil über die Intention des GRÜNEN-Antrags hinaus. Sollten wider Erwarten die GRÜNEN der Auffassung sein, daß in einzelnen Punkten das nicht der Fall ist, ist der Ausschuß anderer Meinung und betrachtet insofern den Antrag als erledigt.

4 Nordrhein-Westfalen gegen "Lauschangriff"

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3804

10

Der Ausschuß schließt sich dem Votum des mitberatenden Rechtsausschusses an, der den Antrag erst nach Einbringung eines Gesetzesentwurfs im Deutschen Bundestag wieder auf die Tagesordnung bringen will. Gleichzeitig erwartet der Ausschuß in der auf zunächst unbestimmte Zeit vertagten Sitzung den Innenminister.

5 Verlängerung des Abschiebestopps für Afghanen, Tamilen aus Sri Lanka und irakische Kurden

11

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des Staatssekretärs Riotte (IM) zustimmend zur Kenntnis.

6 Erfahrungen mit der Durchführung des Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens

11

Der Ausschuß diskutiert einen Bericht von Staatssekretär Riotte (IM). Darüber hinaus will er anhand einer noch zu erstellenden Liste in Kürze feststellen, welche Anträge zur Asylfrage vorliegen und welche sich davon durch Zeitablauf erledigt haben.

7 Stand der Neuorganisation der Kreispolizeibehörden

17

Einem Bericht des Leitenden Ministerialrats Dr. Möller (Innenministerium) schließt sich eine Diskussion an, in der Abgeordnete insbesondere den Unmut innerhalb der Polizei als auch innerhalb der Bevölkerung zur Neuorganisation hervorheben.

eingeführt haben bzw. in anderen die Einführung kurz bevorsteht, und auch unter dem anderen Gesichtspunkt, daß nach meiner festen Überzeugung dem Bürger hieraus keine Nachteile entstehen, weil diese Regelung sinnvoll angewendet werden kann, plädieren wir im Ergebnis dafür, daß diese Regelung eingeführt wird.

Vorsitzender: Gibt es noch Wortmeldungen, um eine weitere Frage an die Sachverständigen zu stellen? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich mich recht herzlich bei Ihnen, meine Herren, bedanken. Sie haben uns sehr geholfen und zur Aufklärung beigetragen. Der Ausschuß wird in seiner nächsten Sitzung über diesen Gesetzentwurf der Landesregierung endgültig entscheiden.

2 Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3181

Vorlagen 11/1393 und 11/1399
Zuschriften 11/1651, 11/1652, 11/1704 und 11/1816

Der **Vorsitzende** teilt mit, daß der Ausschuß für Innere Verwaltung hier mitberatend sei. Er möchte wissen, ob sich aus der zu diesem Thema bereits stattgefundenen Anhörung Änderungsanträge seitens der Fraktionen ergeben hätten.

Abgeordneter Jentsch (SPD) signalisiert für seine Fraktion Zustimmung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung ohne jedwede Änderung.

Abgeordneter Stallmann (CDU) sieht namens seiner Fraktion aufgrund der Ergebnisse der Anhörung Einwände in einigen Punkten, die im federführenden Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vorgetragen würden. Die CDU-Fraktion stimme daher dem Gesetzentwurf in diesem Ausschuß nicht zu.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) beabsichtigt, dem Gesetzentwurf ebenfalls nicht zuzustimmen, da die Anhörung einige Knackpunkte aufgezeigt habe, die nicht berücksichtigt worden seien.

Der **Ausschuß** nimmt sodann den Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 11/3181 - mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von F.D.P. und CDU bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN an.

Das Ergebnis wird dem federführenden Ausschuß mitgeteilt.

3 **Erdbeben in der Niederrheinischen Bucht - Landesregierung in der Pflicht zur Hilfeleistung und zur Information über Ursachen, Risiken und Konsequenzen**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3637

Vorlage 11/1386

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) erinnert daran, daß die Landesregierung nach dem Erdbeben eine Soforthilfe gestartet habe für diejenigen, die in ihrer eigenen Wohnung oder ihrem eigenen Haus obdachlos geworden seien. Dieses Programm sei inzwischen mit Gesamtkosten in Höhe von 90 000 DM abgewickelt. Daneben habe es die Zusage seitens der Landesregierung gegeben, bei Schadensfällen zwischen 5 000 DM und 50 000 DM die Hälfte des eingetretenen Schadens zu ersetzen.

In diesem Zusammenhang habe die Landesregierung 2,5 Millionen DM aus dem Landeshaushalt bereitgestellt, von denen inzwischen 1,1 Millionen DM ausgezahlt worden seien. Die restlichen Fälle befänden sich noch bei den zuständigen Kreisen in der Bearbeitung.

Die von der Landesregierung angestrebte Beteiligung der Versicherungswirtschaft sei nicht gelungen. Die Versicherungswirtschaft habe ihre Beteiligung davon abhängig gemacht, daß die Landesregierung eine Initiative zur Einführung einer Pflichtversicherung für solche Elementarschäden ergreife. Die Landesregierung sei zwar bereit, darüber mit der Versicherungswirtschaft zu verhandeln - was Sache des Finanzministers wäre -, sie sei aber natürlich nicht bereit, hier ein Junktim herzustellen und habe